

27. September 2010

Antrag

der Mitglieder der Bezirksversammlung
Anja Quast, Thomas Ritzenhoff, Uwe Lohmann,
Regina Jäck, Lars Kocherscheid, Lars Pochnicht,
André Schneider, Rainer Schünemann (SPD) und Fraktion

Geplante Kürzungen in der Arbeitsmarkt- und in der Quartierspolitik bedeuten das Aus für viele Projekte der sozialen Stadtentwicklung

Die geplante Kürzung des Mittelansatzes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um 1,8 Mio. Euro bedeutet radikale Einschnitte in der Arbeitsmarktpolitik. Vor dem Hintergrund, dass starke Kürzungen auch für die Bundesmittel (wahrscheinlich von 180 Mio. Euro auf 140 Mio. Euro) anstehen, schlagen die Kürzungen an der Basis der Arbeitsmarktpolitik doppelt durch: Um den heutigen Standard zu erhalten, müsste Hamburg seine Anstrengungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik deutlich vergrößern, statt sie zurückzufahren.

Im Koalitionsvertrag des Schwarz/Grünen Senates wurde vereinbart, die Arbeitsmarktpolitik mit der Stadtentwicklungspolitik zu verknüpfen. Die jetzt vom Senat beschlossenen Kürzungen der Arbeitsmarktförderung in den Bereichen der Arbeitsgelegenheiten (AGH), Qualifizierungsmaßnahmen und des Programms Job-Perspektive machen genau diese Bemühungen der letzten Jahre wieder zunichte. Gerade erst gestartete Projekte in den benachteiligten Stadtteilen werden wieder geschlossen. So werden gleichzeitig, zu den verheerenden Auswirkungen dieser Kürzungen auf die Langzeitarbeitslosen sehr negative Auswirkungen auf die ohnehin benachteiligten Stadtteile die Folge sein.

Hinzu kommen die Ansatzreduzierungen bei der Hamburgischen Quartiersoffensive und beim Hamburgischen Stadtentwicklungsprogramm um jeweils 2,5 Mio. Euro. Sie werden dazu führen, dass die Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht aufgefangen werden können, sondern bleibende Löcher in die soziale Infrastruktur der Stadtteile gerissen werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung:

Die zuständige Fachbehörde wird gebeten,

vor dem Hintergrund der zu erwartenden negativen Auswirkungen für die benachteiligten Stadtteile:

1. die Absenkung des Mittelansatzes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um 1,8 Mio. Euro nicht weiter zu verfolgen,
2. die Absenkung des Mittelansatzes bei der Quartiersoffensive und beim Stadtentwicklungsprogramm um jeweils 2,5 Mio. Euro nicht weiter zu verfolgen.